

KLAGENFURT

Streit um Reform der Berufsschulen

Land will Modernisierung, Wirtschaftskammer ortet Verschärfung der Lehrlingskrise.

Um den Plan von Bildungsreferent LH Peter Kaiser (SPÖ), das Kärntner Berufsschulwesen zu reformieren, ist ein Streit entbrannt. Kaiser will die Berufsschulen „einem fachlichen Check“ unterziehen, als Grundlage für eine „notwendige Reform und Modernisierung des Berufsschulwesens“, wie Pressesprecher Andreas Schäfermeier mitteilt.

Bei betroffenen Betrieben rort es jedoch: Klaus Kronlechner, Obmann der Sparte Gewerbe und Handwerk, in der 1246 Kärntner Lehrbetriebe insgesamt 3000 Lehrlinge ausbilden, warnt vor unzureichen-

den Schritten: Ein Konzept, das ausschließlich auf eine Konzentration der Berufsschulstandorte abziele, werde nicht genügen. „Zu wenige Berufsschulen“ würden dazu führen, dass „sowohl die Ausbildungsbereitschaft der Lehrbetriebe als auch das Interesse der Jugend an Lehrberufen weiter zurückgeht“, warnt Kronlechner. Angesichts anhaltend rückläufiger Lehrlingszahlen dürften daher „keine Maßnahmen gesetzt werden, die die Ausbildung von Lehrlingen nachhaltig unattraktiver machen könnten“.

Kronlechner warnt zudem vor zusätzlichen Kosten, die

entstünden, sollte die Forderung der Arbeitnehmervertretung nach Fahrtkostenübernahme zu den Berufsschulen durch die Betriebe erfüllt werden.

Bildungsreferent Kaiser kontert, das Ziel der „Modernisierungsreform“ sei es, das Angebot der Berufsschulen „optimal aufeinander abzustimmen“. Alle Standorte sollten erhalten bleiben, aber: „Dass die beste Ausstattung konzentriert an einem Standort angeboten“ werde, sollte „selbstverständlich“ sein. Das Konzept, das bis April „gemeinsam“ fertiggestellt werden müsse, berücksichtige „den

nicht wegzudiskutierenden Schülerrückgang“. Allein in der Sparte Gewerbe seien in den letzten zehn Jahren 300 Ausbildungsbetriebe und 1000 Lehrstellen verloren gegangen. „Hält der Trend an, wird das die ganze Sparte und die Qualität ihrer Dienstleistungen massiv schwächen.“ Ein zukunftsweisendes Berufsschulkonzept dürfe diese Bedrohung nicht auch noch verschärfen, warnt die Wirtschaftskammer. Kaiser hält entgegen, die Reform des Berufsschulwesens sei notwendig und stelle „die Bedürfnisse der Jugendlichen in den Vordergrund“. **Uwe Sommersguter**